

Tätigkeitsbericht 2018



Beirat der Menschen mit Behinderung
Stadt Frankenthal (Pfalz)

Inhalt

Einleitung

- 1. Themen im Rahmen der Sitzungstermine Seite 03
- 2. Weitere AktivitätenSeite 04
- 3. Geschäftsführung des Beirates Seite 05
- 4. Anhang..... Seite 06

Impressum Seite 12

Einleitung

Der Beirat der Menschen mit Behinderung hat sich auch im Jahr 2018 zur Aufgabe gemacht, sich in vielfältiger Weise in die kommunalen Belange, bei denen die Interessen der betroffenen Einwohner/innen tangiert sind, einzubringen. Hierbei legen die Mitglieder großen Wert darauf, sich mehr und mehr untereinander, aber auch mit anderen Institutionen und Organisationen zu vernetzen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass ein regelmäßiger Austausch und die Weitergabe von Informationen aus den unterschiedlichsten (Behinderungs-) bereichen von besonderer Wichtigkeit ist. Nur so können die Mitglieder des Beirates als Multiplikator/-innen auftreten und eine erfolgreiche Interessenwahrnehmung betreiben.

1. Themen im Rahmen der Sitzungstermine

Vor dem einleitend beschriebenen Hintergrund haben sich im Jahr 2018 zwei wichtige Organisationen jeweils in einer Beiratssitzung vorgestellt.

1.1 Lebensgerechte Handwerkerleistungen

Zum einen wurde die Gütegemeinschaft lebensgerechte Handwerkerleistungen (GLH) präsentiert. Dieser Verein ist ein Zusammenschluss von handwerklich ausgerichteten Unternehmen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, alters- bzw. behinderungsbedingte Umbauten in Haus oder Wohnung anzubieten und hierbei „aus einer Hand“ vorzugehen. Dabei sind Transparenz der Angebote, Beratung und zeitnahe Durchführung sowie Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln besondere Schwerpunkte der GLH (vgl. Anlage 1).

1.2 Berufsbegleitender Dienst

Zum anderen war die Veränderung in der Trägerschaft des berufsbegleitenden Dienstes (BBD) Anlass, diesen erneut in Erinnerung zu bringen. Der BBD hat die Aufgabe, bei Problemen im Arbeitsleben beratend zur Seite zu stehen. Dabei können sich alle Menschen, die einen anerkannten Grad der Behinderung (GdB) oder einen Antrag auf dessen Feststellung gestellt haben, sowie alle Menschen mit einer seelischen Erkrankung an den BBD wenden, um ihre Beschäftigung zu sichern, einer Verschlechterung ihrer gesundheitlichen oder behinderungsbedingten Lage vorzubeugen oder bei einer beruflichen Rehabilitation Unterstützung zu erhalten.

1.3 Das Bundesteilhabegesetz

Der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen Matthias Rösch stattete dem Frankenthaler Beirat einen Besuch ab. Bei diesem referierte er über die Einzelheiten des bereits 2017 in Teilen in Kraft getretenen Bundesteilhabegesetzes (BTHG), dessen vollständige Umsetzung bis 2023 abgeschlossen sein soll (vgl. Anlage 2). Das Gesetzeswerk verfolgt als wesentliches Ziel, Menschen mit Behinderung

zu mehr Teilhabe und individueller Selbstbestimmung zu verhelfen. Leistungen für Menschen mit Behinderung sollen künftig personen- und nicht mehr institutionszentriert ausgerichtet werden und sich am persönlichen Bedarf des Einzelnen orientieren. Dass im Kontext der Gesetzesnovelle die angestrebte Regelung eines bundeseinheitlichen Teilhabegeldes verworfen wurde, stößt bei den verschiedensten Interessenverbänden und Betroffenenorganisationen auf großes Unverständnis. Der Beirat wird die weitere Umsetzung des BTHG kritisch begleiten.

1.4 Parken

Das Thema illegales Gehweg-Parken bzw. Befahren und Parken in der Fußgängerzone beschäftigt die Mitglieder des Beirates dauerhaft. Wegen des hohen Handlungsdruckes waren wir mit Oberbürgermeister Martin Hebich übereingekommen, im Vorgriff auf das Parkraumbewirtschaftungs-Konzept vier Straßen gesondert zu betrachten: Elisabethstraße, Gartenstraße, Edigheimer Straße und Am Eiskeller.

Mit Ausnahme des Anordnens eines absoluten Halteverbotes in der östlichen Elisabethstraße und verstärkter Kontrollgänge sind bis Jahresende keine weiteren Maßnahmen realisiert worden. Dies ist umso mehr bedauerlich, als die im August in der Beiratssitzung vorgestellten fachtechnischen Planungen für die Gartenstraße und die Edigheimer Straße unter den Mitgliedern des Beirats auf große Zustimmung gestoßen sind (vgl. Anlagen 3 und 4). Und dieses Thema nicht nur innerhalb des Beirates, sondern auch in vielen persönlichen Anfragen, die an die Mitglieder des Beirates herangetragen werden, immer wieder eine große Rolle spielt.

2. Weitere Aktivitäten

2.1 Teilnahme an Arbeitsgruppen

Der Beirat der Menschen mit Behinderung brachte sich auch in diesem Jahr wieder in verschiedene, von der Stadtverwaltung ins Leben gerufene Arbeitsgruppen ein.

Es galt die Sicherheit in der Innenstadt von Frankenthal zu verbessern und dabei die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung im Auge zu behalten. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren sich nach einer ersten Begehung über die Schwerpunkte, die einer besonderen Prüfung unterzogen werden sollten, einig. Die entsprechenden Verbesserungsvorschläge wurden gesammelt und sollen zeitnah umgesetzt werden. Es zeigte sich, dass sich die Interessenlagen der vom Beirat vertretenen Stadtbewohner/-innen nicht signifikant von den übrigen Interessen unterscheiden (vgl. Anlage 5).

Im Rahmen der Mitwirkung in der Arbeitsgruppe ÖPNV wurde seitens des Beirates eine Stellungnahme zum „ÖPNV-Konzept Frankenthal 2020 – Endgültiges Linienkonzept vom 22.11.2018“ abgegeben. Die Aussagen zu Linien, Zeiten und Haltestellen erachtete der Beirat als ein für alle Nutzergruppen zuträglichen Handlungsrah-

men. Die barrierefreie Ausgestaltung der Haltestellen wird der Beirat im Zusammenhang des aufzustellenden Nahverkehrsplans konstruktiv begleiten (vgl. Anlage 4).

Darüber hinaus gab der Beirat eine weitere Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplans Rhein-Pfalz-Kreis 2018 ab. Erneut legte der Beirat dabei besonderen Wert darauf, dass die Stadtklinik Frankenthal und das Ärztehaus gut angebunden sind und eine Verlegung der Haltestelle vorgenommen werden soll.

Zwar ist bislang noch keine ausdrückliche Arbeitsgruppe zum An- und Umbau der Stadtklinik betreffend gebildet worden. Allerdings war der Beirat zu einem ersten Informationsgespräch, in dem die grundsätzliche Planung und der weitere Ablauf des Projektes vorgestellt wurden, eingeladen. Die Mitglieder sind zunächst aufgefordert, mit Blick auf Barrierefreiheit und Teilhabe ihre jeweiligen Bedarfe ohne Rücksicht auf finanzielle Realisierbarkeit zu benennen, was im ersten Quartal 2019 erfolgen wird.

2.2 Schulprojektwoche „Leben mit Behinderung“

Der Beirat führte im April 2018 in Kooperation mit der Pestalozzischule eine Projektwoche „Leben mit Behinderung“ durch. Da es sich bei der Pestalozzischule um eine sogenannte Schwerpunktschule handelt, in der bereits seit mehreren Jahren Kinder mit verschiedenen Behinderungen unterrichtet werden, erschien dem Beirat diese Schule als besonders geeignet, um dieses Pilotprojekt umzusetzen.

Über einen längeren Zeitraum bereiteten einige Mitglieder des Beirates zusammen mit drei Lehrkräften die Veranstaltung vor. In der Woche wurden an drei Tagen Blindheit/Sehbehinderung, Hörbeeinträchtigung und Körperbehinderung behandelt sowie darüber hinaus allgemein Aktivitäten zum Thema durchgeführt und Lerninhalte vermittelt. Vier Beiratsmitglieder, Lehrkräfte, eine Klasse des PIH und eine körperbehinderte Mitarbeiterin des ökumenischen Gemeinschaftswerks beteiligten sich auf der Seite der Betroffenen. Dabei konnten die Kinder persönliche Fragen stellen, Hilfsmittel kennenlernen und selbst ausprobieren und auch ihre bereits bei anderen Gelegenheiten gemachten Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung einbringen. Sogar ein Assistenzhund kam zum Einsatz. Die aktiven Betroffenen waren mit dem Ergebnis der Veranstaltung sehr zufrieden. Auch seitens der Schule wurde zurückgemeldet, dass diese Projektwoche als voller Erfolg zu werten ist. Die Schulleiterin bat sogar darum, in einigen Jahren eine Wiederholung vorzunehmen (vgl. Anlagen 1, 4 und 6).

Der Beirat beschloss, im Jahr 2019 mit einer anderen Grundschule eine entsprechende Kooperation anzustreben. Eine AG wurde diesbezüglich gegründet.

3. Geschäftsführung des Beirates

Die Geschäfte des Beirates führte weiterhin die städtische Gleichstellungsbeauftragte und Beauftragte für die Belange behinderter Menschen, Birgit Löwer. In diesem Zu-

sammenhang bereitete sie u.a. in enger Abstimmung mit der Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden die Sitzungen vor, unterstützte die Vorsitzende bei der Sitzungsleitung und fertigte das Protokoll.

Darüber hinaus koordinierte sie den internen und externen Schriftverkehr, die Sitzungs- und Arbeitsgruppentermine und verantwortete die Aktualisierung und Pflege des Internetauftritts des Beirates.

4. Anhang

Anlage 1

Gute Noten für Schulprojekt

„Leben mit Behinderung“ Thema in Pestalozzischule – Beirat würde gern auch andere Einrichtungen ansprechen

VON MAGDALENA RINGELING

Die Pestalozzi-Grundschule habe gute Erfahrungen mit der Projektwoche „Leben mit Behinderung“ gemacht. Das berichtete Schulleiterin Brunhilde Fiege im Beirat der Menschen mit Behinderung. Der Beirat würde solche Projekte auch an anderen Schulen begrüßen.

Vom 23. bis 27. April erfuhren die Schulkinder durch Besuche Behinderter, wie diese im Alltag zurechtkommen. Sie durften Fragen stellen und konnten selbst ausprobieren, wie es ist, ohne Seh- oder Hörvermögen das Leben zu bewältigen. Auch praktische Versuche mit Rollstühlen seien angeboten worden, berichtete die Schulleiterin. Die Thematik sei für die Kinder nicht ungewohnt, da an dieser Schule von rund 220 Schülern auch 20 mit Förderbedarf unterrichtet würden, sagte Fiege.

Beim Schulfest wurden die Ergebnisse den Eltern vorgestellt. „Wir würden solche Tage gern noch einmal machen und sind dankbar für die Unterstützung von Betroffenen“, sagte Fiege. Die Beiratsmitglieder, die in der Schule an dem Projekt mitgewirkt hatten, empfanden diese Gelegenheit nach eigenen Worten als Bereiche-

rung. Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer fügte hinzu, „wir würden gern auch an anderen Schulen den Alltag Behinderter vorstellen“.

Die im Beirat erörterte Frage, wo Poller oder Posten aufgestellt werden dürften, um beispielsweise illegales Parken zu verhindern, hat Birgit Löwer, Beauftragte für die Belange behinderter Menschen bei der Stadtverwaltung, inzwischen mit der zuständigen Stelle in der Verwaltung besprochen. Nach Angaben von Heike Zengerle, Abteilungsleiterin Straßenverkehr, müsse hier jeder Einzelfall gesondert betrachtet werden, berichtete Löwer. Pauschal könnten dazu keine Angaben gemacht werden.

Den Verein Gütegemeinschaft lebensgerechte Handwerksleistungen, der sich unter anderem um das Thema „barrierefreies Wohnen“ kümmert, stellte Gerhard Christoph vor. Er selbst sei als mobiler Wohnberater tätig, sagte Christoph; die Leistung könne kostenlos in Anspruch genommen werden. Vor einem Jahr sei der Verein gegründet worden, das Ziel sei die Qualifizierung und Zertifizierung von Handwerksfachbetrieben. Neue Wohnbedürfnisse, Energiesituationen und soziale Belange müssten bei Wohnungen besser berücksichtigt werden. Vor Ort könne er den Men-

schen Ratschläge geben, wie die Wohnung oder das Haus barrierefrei umgestaltet werden könnten.

Der Verein arbeite mit zertifizierten Fachbetrieben zusammen, die die

Umbauten vornehmen und auch Zuschüsse für den Kunden beantragen können. Die Betriebe würden vom Verein ausgesucht und müssten einen Mitgliedsbeitrag leisten. Gefördert werde der Verein durch das Sozialministerium Rheinland-Pfalz. Unterstützt werde er von einem Fachbeirat, dem Personen angehören, die mit älteren und körperlich beeinträchtigten Menschen zu tun haben. Mehr Informationen dazu gebe es im Internet unter www.glh-rlp.de.

Am Mittwoch, 16. Mai, 18 Uhr, finde im DRK-Haus, Mörscher Straße 91, ein Vortrag zum Thema „Das Leben ist nicht fair – na und?“, informierte Birgit Löwer. Veranstalter sei der Landesverband der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft in Kooperation mit der Stadtverwaltung. Interessierte werden gebeten, sich möglichst bis 4. Mai anzumelden bei der Gleichstellungsstelle, Telefon 06233 89385.

Eine Fachtagung zu „Chancen und Grenzen des Bundesteilhabegesetzes“ finde am Mittwoch, 13. Juni, 9.30 bis 15.30 Uhr, im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen statt. Anmeldung werden erbeten bis 18. Mai über die Internetseite www.ev-h-pfalz.de, Unterpunkt „50 Jahre Evangelische Heimstiftung“. Dort findet sich ein Anmeldeformular.



Ein Thema, das den Beirat beschäftigt: barrierefreies Wohnen.

ARCHIVFOTO: FRANCK

Die Rheinpfalz, 04.05.2018

Anlage 2

Knöllchen wirken nur bedingt

Behindertenbeirat: uneinsichtige Parker und kaputte Aufzüge als Dauerthema

VON MAGDALENA RINGELING

Kaputte Aufzüge am Bahnhof und Autofahrer, die auf Gehwegen parken, sind nicht nur für Blinde und Rollstuhlfahrer ein Ärgernis. Der Beirat der Menschen mit Behinderung diskutierte am Donnerstag Lösungsmöglichkeiten.

In welchen Bahnhöfen der Aufzug funktioniere, könne man auf der Homepage der Bahn (www.bahn.de) nachschauen, informierte Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen. Generell gebe es oft Probleme, Frankenthal sei offenbar besonders betroffen. Beiratsmitglied Anne Gauch betonte, dass Fahrstühle auch für Menschen mit Kinderwagen wichtig seien. Rösch sagte zu, bei der Bahn die Situation in Frankenthal anzusprechen.

Das Bundesteilhabegesetz sei 2016 beschlossen worden, die Änderungen würden schrittweise bis 2023 durchgeführt, erklärte der Landesbeauftragte. Seit Beginn 2018 könnten Arbeitgeber bundesweit 70 Prozent der Lohn-/Gehaltskosten für einen behinderten Arbeitnehmer erstattet bekommen, vorausgesetzt dieser be-

komme einen festen Arbeitsvertrag. Eine ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (zum Beispiel von Caritas und Maltesern) soll aufgebaut und kommunale Aktionspläne erstellt werden. Birgit Löwer, Frankenthaler Behindertenbeauftragte, erklärte, dass sie in dieser Sache auch bereits mit Ludwigshafener Kollegen im Gespräch sei. Die umfangreichen Änderungen können laut Rösch nachgelesen werden unter www.inklusion.rlp.de.

Die Vorsitzende des Beirats, Kerstin Sauer, ging erneut auf die unbefriedigende Parksituation in einigen Straßen ein, die nicht nur Rollstuhlfahrer, sondern auch andere eingeschränkte Menschen teilweise massiv beeinträchtige. Der Bereich Planen und Bauen werde im Frühjahr Änderungen, zum Beispiel durch Rasengittersteine, vornehmen. Die Straßenverkehrsbehörde hatte bei Löwer angefragt, an kritischen Stellen Pfosten aufzustellen, allerdings könne dadurch die Gehwegbreite verschmälert werden, bis auf 80 Zentimeter. Sauer und andere Mitglieder sagten, dass dies keine Lösung sei, denn diese Breite sei nicht genug, auch nicht für Sehbehinderte und Blinde. Bürgermeister And-

reas Schwarz gab zu bedenken, dass Pfosten dazu führen könnten, dass eben andere Flächen zum Parken genutzt werden. Der Leiter des Bereichs Ordnung und Umwelt, Bernd Schönhardt, erläuterte, dass regelmäßig Kontrollen durchgeführt würden. In gefährlichen Situationen werde auch abgeschleppt.

Schwarz informierte darüber, dass in und an der Stadtklinik inzwischen Änderungswünsche von Behinderten berücksichtigt worden seien. Schon bei der Entwurfsplanung des Krankenhausbaus sollten sowohl Mitglieder des Beirats für Menschen mit Behinderung sowie des Seniorenbeirats einbezogen werden.

Der berufsbegleitende Dienst des Arbeitskreises für Aus- und Weiterbildung besteht seit Ende 2017 nicht mehr, diese Aufgabe übernahm die Evangelische Heimstiftung Ludwigshafen, die eine Außenstelle in Frankenthal anbiete, so Löwer. Einen Vortrag über den Umgang mit Behinderung in verschiedenen Kulturen werde es im barrierefreien Sitzungssaal 3 des Rathauses am 14. März geben, 19 bis 21 Uhr. Der Referent, Politikwissenschaftler Kenan Engin, sei selbst behindert.

Die Rheinpfalz, 29.01.2018

Anlage 3

Stadt will mehr gegen Falschparker tun

Oberbürgermeister Hebich erläutert Verwaltungspläne im Beirat der Menschen mit Behinderung

VON MAGDALENA RINGELING

Die Stadtverwaltung will das unerlaubte und behindernde Parken auf Gehwegen unterbinden; sie hat dazu bereits Schritte unternommen. In der Sitzung des Beirats der Menschen mit Behinderung bedauerte Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU), dass noch nicht alle geplanten Veränderungen vorgenommen werden konnten. Man bleibe aber am Ball, auch bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Für viele körperlich beeinträchtigte und vor allem für blinde Passanten stellt das Parken auf Gehwegen eine große Beeinträchtigung dar; das wurde schon mehrfach im Beirat festgestellt. In der Elisabethstraße seien bereits Verbotsschilder aufgestellt worden, in der Franz-Nissl-Straße und Am Eiskeller solle es ebenfalls Parkverbote geben, informierte Hebich.

In der Edigheimer Straße gebe es Parkprobleme für Anwohner, aber auch dort suche man nach Möglichkeiten, damit die Gehwege nicht missbräuchlich benutzt würden. Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer sagte: „Die Parkverbotschilder in der Elisabethstraße werden von einigen Autofahrern als bloße Empfehlung verstanden.“ Durch „Knöllchen“ sei es inzwischen aber besser geworden.

Die Überquerung des Rathausplatzes birgt ebenfalls Schwierigkeiten, sowohl für Blinde, als auch für Rollstuhlfahrer, wie der Beirat bemängelt hatte. Hebich informierte, dass sowohl der Rathausplatz als auch weitere Innenstadtbereiche nach und nach verbessert werden sollten. Dabei wolle man auch Barrierefreiheit



Rufen Kritik hervor: Autofahrer in der Fußgängerzone, hier in der Schlossegasse.

FOTO: BOLTE

herstellen. Es gebe ein Förderprogramm für Innenstädte, bei dem eine Million Euro pro Jahr vom Land gezahlt werden könne, sofern die Verbesserungen nötig und die Konzepte gut seien. Die Unterlagen für eine mögliche Förderung habe man bereits an die Landesverwaltung ge-

schildt, in Absprache mit dem Stadtrat. Sollte die Förderung sicher sein, würde die Planung dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt. Er könne es sich auch vorstellen, dass versenkbare Poller angebracht würden, die das illegale Befahren der Fußgängerzone unterbinden und mehr Sicherheit bei

großen Veranstaltungen böten, erklärte der Oberbürgermeister. Auf Nachfrage der RHEINPFALZ meinte Hebich, eine Umsetzung könne er sich ab 2019 vorstellen.

Das Befahren der Fußgängerzone nahm großen Raum bei der Diskussion im Beirat ein. Mehrere Teilnehmer

gaben an, dass der Lieferverkehr sich nicht an die vorgegebenen Zeiten halte und auch Paketdienste sie ignorierten, die zudem Fußgänger behinderten. Auch die Handwerkerweise würden teilweise von Privat-Pkw-Fahrern benutzt.

Bernd Schönhardt, Bereichsleiter Ordnung und Umwelt der Stadtverwaltung, informierte darüber, dass der gewerbliche Lieferverkehr zu festgelegten Zeiten die Fußgängerzone befahren dürfe. Einige Anwohner hätten Ausnahmegenehmigungen. Bei den Handwerkerweisen müsse man unterscheiden zwischen solchen für die Metropolregion Rhein-Neckar und jenen speziell für Frankenthal. Die Fußgängerzone benutzen nur die Besitzer der von der Stadtverwaltung Frankenthal ausgegebenen Ausweise.

Heike Zengerle, Abteilungsleiterin Straßenverkehr der Stadtverwaltung, sagte auf RHEINPFALZ-Nachfrage, dass die Handwerkerweise mit dem jeweiligen Kennzeichen des Betriebes versehen seien. Somit dürften sie nicht für Fahrten mit anderen Fahrzeugen verwendet werden. Paketdienste hätten keine Sondererlaubnis für die Fußgängerzone, sagte Bernd Schönhardt im Ausschuss.

Sitzungsteilnehmer wollten zudem wissen, ob vor Ein- und Ausfahrten von Grundstücken abgeschleppt werden dürfe. Wolle jemand aus seinem Grundstück hinausfahren, könne abgeschleppt werden, erläuterte der Bereichsleiter. Wolle jemand auf ein Grundstück fahren, könne man nicht abschleppen, weil es als zumutbar angesehen werde, einen andern Parkplatz zu suchen. Allerdings gebe es für den „Zuparker“ eine Verwarnung.

Die Rheinpfalz, 03.05.2018

Anlage 4

„Veränderungen brauchen einen langen Atem“

MEINUNG AM MITTWOCH: Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderung, über die Arbeit ihres Gremiums

Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen im Alltag stellen eine schwer zu fassende Gruppe dar – mit ebenso vielen Facetten wie jene Bürger ohne Handicap. Der Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt versucht, beim Überwinden der alltäglichen Hürden zu helfen, bringt sich aber auch in zukunftsweisende Projekte ein. Die Amtszeit des Beirats läuft mit der Wahlperiode des Stadtrats im kommenden Jahr aus. Die Vorsitzende des Gremiums, Kerstin Sauer (54), zieht Bilanz.



Das Bewusstsein für Belange und Bedürfnisse behinderter Menschen war ihrer Ansicht nach in Frankenthal und andernorts lange nicht sehr ausgeprägt: Kerstin Sauer.

FOTO: BOLTE

Frau Sauer, allgemein gefragt: Ist Frankenthal ein eher gutes oder schlechtes Pflaster für Menschen mit Behinderungen?

Frankenthal ist eine Kommune wie viele, die lange Zeit keinen Fokus auf Menschen mit Behinderungen legt, kein ausgeprägtes Bewusstsein für deren Probleme entwickelt hat. Das hat sich in jüngster Zeit verändert. Es wurde erkannt, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben meistern müssen, trotz der vielen Bausünden vergangener Tage. Veränderungen brauchen einen langen Atem.

Sie oft hören Sie da das Argument: Dafür fehlt das Geld?

Endauernd. Gerade bauliche Veränderungen sind ja immer mit Finanzen verbunden.

Schwarz Pflaster: Der Rathausplatz ist ein Thema im Beirat. Ist der zentrale Stadtplatz im wörtlichen Sinne ein gutes Pflaster für Menschen mit Behinderungen?

Das stimmt. Für das Sensibilisieren der Probleme, die solche Gestaltungen mit sich bringen, war unser Aktionstag 2017 ein Glanzlicht. Er zeigt

insbesondere Mandatsträgern auf, dass durch Selbsterfahrung etwas zu bewirken ist. Das Fühlen einer Beeinträchtigung ist anders, als sich nur auf der Kopfebene damit auseinanderzusetzen. Wir hätten uns allerdings mehr Resonanz der Bürger erwartet.

Mobilität ist ein wichtiges Thema. Das Parkraumbewirtschaftungskonzept und die neue Buslinienführung sind Großprojekte der Verwaltung. Wird der Beirat ausreichend mit einbezogen?

Beim Öffentlichen Nahverkehr werden wir gehört. Die Stadt ist aufgeschlossen, was die Zugänglichkeit der Haltestellen und der Fahrzeuge

betrifft. Bei der Linienführung muss man sehen, was umgesetzt wird. Da gibt es das Kostenargument. Eine bessere Anbindung an das Krankenhaus und das Ärztehaus ist wichtig.

Und das Thema Parken?

Eine unendliche Geschichte. Da beim Parkraumbewirtschaftungskonzept keine Einigung in Sicht ist, wurde zwischen Beirat und Stadt vereinbart, kleine Verbesserungen umzusetzen. So wurde ein Halteverbot in der Elisabethstraße vor dem alten Feuerwehrgerätehaus angeordnet, weil die Zustände dort untragbar waren. Dass rücksichtslos geparkt wird, ist auch ein hausgemachtes Problem. Hier scheut die

Stadt den intensiven Kontrolldruck. Ein gewisser Prozentteil der Gesellschaft ist nur über den Geldbeutel zu erreichen. Den Gegenwind muss man irgendwann einmal aushalten. Solange Halteverbote und das Fahrverbot in der Fußgängerzone nur Empfehlungscharakter haben, wird sich nichts ändern.

Der Wohnraum ist derzeit ein allgemein schwieriges Thema. Wo machen Sie da besondere Probleme für Menschen mit Behinderungen aus?

Es gibt zu wenige Wohnungen für gehbehinderte Menschen, die beispielsweise auf Rollatoren angewiesen sind. Wir hatten eine Beratungsfirma zur Umgestaltung der eigenen Wohnung zu Gast. Mein Eindruck ist, dass die Stadt das Thema ernst nimmt. Je mehr Bürger eigenständig wohnen können, desto weniger Betreuungseinrichtungen werden benötigt. Das ist ein Kostenfaktor. Nicht ohne Grund bezuschussen Pflegekassen beispielsweise den Umbau des heimischen Bads.

Sie sind an die Pestalozzi-Grundschule gegangen, um Kinder zu sensibilisieren. Wie wichtig ist diese frühe Heranführung an das Thema?

Das war eine sehr gute Aktion. Sie ist der Findungsphase des Beirates entsprungen, als wir uns die verschiedensten Arten der Beeinträchtigungen gegenseitig vorstellten. Was die Kinder an Rücksichtnahme lernen, werden sie später nicht so einfach über Bord werfen. Kinder sind gradlinig und ehrlich.

Was ärgert Sie im Alltag persönlich immer wieder?

Jeder Mensch hat eine Auswahl an Fähigkeiten. Ich als blinder Mensch sehe meine als sehr groß an. Gut ist

— ANZEIGE —

Qualitätsreifen für PKW + LKW
Günstige Preise • Sofortmontage

SUTTER
IHR REIFENSPEZIALIST

Frankenthal - Industriestr. 30
Telefon (0 62 33) 77 91 45
auch Samstag vormittags geöffnet

da in der Beziehung zu Mitsprachen das Gegenteil von gut meint, wenn es nicht meinen Wünschen entspricht. Ein zweites Punkt ist die alltägliche Gedanklosigkeit: eine Mülltonne mitten auf dem Gehweg, das Fahren in der Fußgängerzone, ohne zu bedenken, welche Konsequenzen das für andere Menschen hat.

Wie sehen Sie die Zukunft des Beirates? Was ist Ihr Wunsch?

Mein Traum ist das Leben in echter Inklusion. Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Dazu gehört die Teilhabe in allen Bereichen des Lebens. Der Austausch ist ein wichtiges Instrument. Mein Wunsch ist es, dass der Beirat jünger, dynamischer, weiblicher wird. Deshalb möchte ich möglichst viele Menschen dazu animieren, sich für die Mitarbeit im Beirat zu bewerben. Das kann jeder selbst machen. Ich werde mich ebenfalls wieder bewerben, muss aber nicht als Vorsitzende des Beirates agieren

INTERVIEW: STEFAN TRESCH

NOCH FRAGEN?

Die Geschäfte des Beirates führt Birgit Löwer, Beauftragte für die Belange behinderter Menschen, Telefon 06233 89 388; E-Mail birgit.loewer@frankenthal.de oder behinderung@frankenthal.de.

Die Rheinpfalz, 14.11.2018

Viele Ecken zu dunkel

Beirat für Menschen mit Behinderung präsentiert Ergebnis von Ortsbegehung

VON BIRGIT KARG

Ideen für ein sichereres Frankenthal hat der Beirat für Menschen mit Behinderung (BMB) in seiner jüngsten Sitzung entwickelt. Beiratsmitglied Stefan Pflieger berichtete über die Ergebnisse einer Ortsbegehung spätabends in der Innenstadt.

Als zu dunkel werde die Beleuchtung in der Eisenbahnstraße auf der Seite der Sparkasse wahrgenommen. Um die Unterführung sicherer zu machen, seien zusätzliche Leuchten in der Mittelleitplanke und eine bessere Darstellung und Trennung der Radfahrer- und Fußgängerbereiche wünschenswert. Für letzteres versetzte Bügelschranken – ähnlich wie beim B-9-Zubringer Richtung Studernheim – vorzuschlagen, wurde kontrovers diskutiert.

In der Wormser Straße und der Willy-Brandt-Anlage habe man keine Sicherheitsmängel festgestellt. Jedoch sei das Glashaus mit Tiefgaragenzugang zu dunkel. Weiterhin bemängelt wurde das Verhalten von Autofahrern, die zum Beispiel in der Eppsteiner Straße in Flomersheim über die Fußgängerwege führen. Dagegen Pfosten aufzustellen, lehnte der Beirat im Hinblick auf Blinde und Gehbehinderte und aus Platzgründen ab.

Die Rechercheergebnisse der Ortsbegehung sowie die „gefühlte Unsicherheit“ an innerstädtischen Plätzen will der BMB als Mitglied des städtischen Kriminalitätspräventionsrates in dessen nächste Sitzung am 29. November einbringen. Erfolgreich ver-



In der Eppsteiner Straße in Flomersheim fahren die Autos gerne mal über die Fußgängerwege, hat der Beirat beobachtet.

FOTO: BOLTE

laufen sei „Leben mit Behinderung“, eine Projektwoche des BMB im April mit Kindern der ersten bis vierten Klassen an der Pestalozzi-Schule. Das Projekt wolle man noch im laufenden Schuljahr an anderer Stelle weiterführen. Dafür werde derzeit noch eine Partnerschule gesucht.

Anlässlich der Feier der Stadt zum 900. Jahrestag der Gründung des Augustinerchorherrenstifts 2019 habe der BMB keinen eigenen Programmpunkt geplant, strebe aber eine Kooperation mit dem Altertumsverein an. Hierfür wurde eine Arbeitsgemeinschaft gegründet.

Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte Birgit Löwer wies auf die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) hin, eine seit Jahresanfang vom Bund geförderte Einrichtung, die Behinderte und deren Angehörige kostenfrei berate nach dem Prinzip „Betroffene beraten Betroffene“. Die EUTB betreibt in Ludwigshafen eine Geschäftsstelle, die auch für Frankenthal zuständig sei.

Mit den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 endet auch die Amtszeit des amtierenden BMB. Die konstituierende Sitzung des Folgegremiums ist für 15. August 2019 vorgesehen.

Die Rheinpfalz, 12.11.2018

Anlage 6

Leben mit Behinderung

Projektwoche mit dem Beirat

Pestalozzi-Grundschule. Die Hör- und Körperbehinderung. diesjährige Projektwoche der Erstmals ist der Beirat der Pestalozzi-Grundschule vom 23. Menschen mit Behinderung in ei- bis 27. April gestaltet erstmals ner Schule zu Gast, um im Rah- der Beirat der Menschen mit Be- men der Projektwoche den Kin- hinderung der Stadt in Kooperati- dern das Thema „Behinderung“ on mit der Schule. näher zu bringen. „Kinder früh-

zeitig und spielerisch an das The- ma „Leben mit Behinderung“ her- anzuführen, gemeinsam mitein- ander und voneinander zu lernen, ebnet den Weg für ein wertschät- zendes Miteinander aller Men- schen“, ist sich Kerstin Sauer, die Vorsitzende des Beirates, sicher. Das Projekt soll möglichst auch werden in diesen Arbeitsgruppen in anderen Schulen fortgesetzt die Behinderungsarten Blindheit, werden. |ps

Das Wochenblatt, 25.04.2018

Impressum

Herausgeberin Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)
Geschäftsstelle des Beirates der Menschen mit Behinderung

Rathausplatz 2-7
67227 Frankenthal

Telefon 06233 89-385
E-Mail birgit.loewer@frankenthal.de

V.i.S.d.P. Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirates der Menschen mit Behinderung

Druck Rathaus-Druckerei

Auflage 50

Stand April 2019